

Begründung

gemäß § 9 Abs. 8 i.V.m. § 13 BauGB
zum Entwurf des Bebauungsplans 7-37Bd
(Textbebauungsplan)

für Teilflächen zwischen

Oberlandstraße, Eschersheimer Straße, Gottlieb-Dunkel-Straße, Schaffhausener Straße sowie einschließlich der Grundstücke Gottlieb-Dunkel-Straße 68-73 / Hattenheimer Straße 1/3, Haberechtstraße 1/3 und 5-14

und zwischen

Manteuffelstraße, BAB-Stadtring A 100, Komturstraße, Teltowkanal, Ringstraße, einschließlich der Grundstücke Ringstraße 1-8G, Attilastraße, Röblingstraße, Arnulfstraße, Alboinstraße, Schöneberger Straße und Ringbahnstraße im Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Ortsteil Tempelhof.

Inhaltsverzeichnis

I.	Planungsgegenstand.....	3
I.1.	Veranlassung und Erforderlichkeit	3
I.2.	Plangebiet.....	3
I.3.	Ausgangssituation.....	4
I.3.1.	Bestand	4
I.3.1.1.	Plangebiet und Eigentumsverhältnisse	4
I.3.1.2.	Stadträumliche Einordnung	4
I.3.2.	Planerische Ausgangssituation.....	4
I.3.2.1.	Raumordnung und Landesentwicklungsplanung.....	4
I.3.2.2.	Flächennutzungsplan	4
I.3.2.3.	Stadtentwicklungsplanung.....	5
I.3.2.4.	Weitere stadtentwicklungsplanerische Rahmenbedingungen	6
I.3.2.5.	Bereichsentwicklungsplanung.....	6
I.3.2.6.	Verbindliche Bauleitplanung.....	7
I.3.2.7.	Denkmalschutz.....	7
I.3.2.8.	Landschaftsplan	7
I.3.2.9.	Landschaftsprogramm, Artenschutzprogramm	8
II.	Planinhalt.....	8
II.1.	Entwicklung der Planungsüberlegung	8
II.2.	Intention des Plans.....	8
II.3.	Wesentlicher Planinhalt.....	8
II.4.	Abwägung und Begründung.....	10
II.4.1.	Art der baulichen Nutzung	10
II.4.2.	Maß der baulichen Nutzung.....	12
II.4.3.	Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche	12
II.4.4.	Textliche Festsetzungen.....	12
II.4.5.	Weitere Abwägung	14
II.4.6.	Abwägung nach Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger.....	14
II.4.7.	Abwägung nach Auslegung	15
III.	Auswirkungen des Bebauungsplans	15
III.1.	Auswirkungen auf die Umwelt	15
III.2.	Haushaltmäßige und personelle Auswirkungen	15
III.3.	Entschädigung und Übernahmefolgen	15
IV.	Verfahren.....	16
IV.1.	Mitteilung der Aufstellung	16
IV.2.	Aufstellungsbeschluss und öffentliche Bekanntmachung.....	16
IV.3.	Mitteilung zur Umstellung	16
IV.4.	Änderungsbeschluss und öffentliche Bekanntmachung.....	16
IV.5.	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit / Träger öffentl. Belange.....	16
IV.6.	Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	16
IV.7.	Öffentlichkeitsbeteiligung	17
IV.8.	Festsetzung.....	17
V.	Rechtsgrundlagen	18

I. Planungsgegenstand

I.1. Veranlassung und Erforderlichkeit

Anhand aktueller Vorhaben zur Nutzungsänderung in Ladengeschäften wurde im gesamten Bezirk Tempelhof-Schöneberg eine Ungleichbehandlung bei der Genehmigungsfähigkeit gleicher Nutzungen in gleichen Baugebieten festgestellt. Hervorgehoben wird diese Ungleichbehandlung durch die je nach planungsrechtlicher Vorgabe anzuwendende Beurteilungsgrundlage. Als Beurteilungsgrundlage kommen bisher die unterschiedlichen Baunutzungsverordnungen (BauNVO 1962, 1968, 1977, 1986 und 1990) bzw. die Bauordnung Berlin von 1958 (BauO`58) in Betracht, so dass eine einheitliche Beurteilung eines Vorhabens innerhalb der gleichen Baugebietskategorie nicht möglich ist. Ziel ist es, die Gleichbehandlung innerhalb der Baugebiete wieder herzustellen.

Aber auch hinsichtlich der Konfliktbewältigung der Vorhaben untereinander ist eine planungsrechtliche Gleichbehandlung nicht möglich. Der einzuhaltende Störungsgrad in den Baugebieten ist je nach anwendbarer Fassung der BauNVO bzw. der BauO`58 unterschiedlich gefasst.

Hier zeigt sich die Planungspflicht der Gemeinde, die eine geordnete städtebauliche Entwicklung gewährleisten muss. Hierzu ist es erforderlich, die planungsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der festgesetzten Nutzungsarten dahingehend zu ändern, dass in allen bestehenden Baugebieten im Anwendungsbereich der „alten“ BauNVO bzw. der BauO`58 zukünftig einheitliche planungsrechtliche Regelungen gelten.

Dieses Planungsziel wird durch die Überleitung der bestehenden Baugebiete auf die aktuellen Regelungen der BauNVO 1990 erreicht.

Um eine bessere Übersichtlichkeit zu erhalten wird das Gebiet des Bezirks in Teilbereiche aufgeteilt, so dass das Bezirksgebiet nach Ortsteilen oder zusammenhängenden Teilabschnitten in verschiedenen Geltungsbereichen wiederzufinden ist.

I.2. Plangebiet

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt zwischen der BAB Stadtring A 100 und dem Teltowkanal. Im Westen bilden die Alboinstraße und der Güterbahnhof Mariendorf die räumliche Grenze. Im Osten wird das Plangebiet im Wesentlichen durch die Gottlieb-Dunkel-Straße und die Eschersheimer Straße begrenzt. Nicht enthalten sind die Flächen des festgesetzten Bebauungsplans XIII-B 1 (Überleitung auf BauNVO 90 für Gewerbe- und Industrieflächen), so dass sich räumlich mehrere Teilflächen ergeben. Damit umfasst der Bebauungsplan 7-37Bd den überwiegenden Teil des Ortsteils Tempelhof im Bezirk-Tempelhof Schöneberg.

I.3. Ausgangssituation

I.3.1. Bestand

I.3.1.1. Plangebiet und Eigentumsverhältnisse

Das von der Planung betroffene Gebiet weist die klassische Prägung eines Ortsteiles auf. Das Plangebiet ist fast ausschließlich durch Wohnbebauung unterschiedlichster Bauweise (Einfamilienhaus bis Geschosswohnungsbau) geprägt. Vereinzelt sind Gewerbeflächen erfasst. Außerdem liegen der Nahversorgungsbereich Manteuffelstraße und das besondere Stadtteilzentrum Tempelhofer Damm im Geltungsbereich. Vorhandene Gemeinbedarfsflächen und Grünflächen liegen zwar im Plangebiet, werden jedoch nicht von der Planung berührt.

Der überwiegende Bestand an Grundstücken in diesem Gebiet befindet sich in privatem Eigentum.

I.3.1.2. Stadträumliche Einordnung

Der Ortsteil Tempelhof mit dem Nahversorgungsbereich Manteuffelstraße und dem besonderen Stadtteilzentrum Tempelhofer Damm bilden den Kern des Altbezirks Tempelhof. Mit den typischen Einrichtungen und Angeboten des öffentlichen Lebens als Standortvorteil, ist dieses Zentrum dem ständigen städtebaulichen Wandel ausgesetzt. Dies zeigt sich insbesondere in der heterogenen Gebäude- und Nutzungsstruktur und der damit einhergehenden Fluktuation.

I.3.2. Planerische Ausgangssituation

I.3.2.1. Raumordnung und Landesentwicklungsplanung

Folgende Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung liegen vor:

- Ziel 4.2.4 LEP eV (Auflistung der landesplanerisch bedeutsamen städtischen Zentren in Berlin)
- Ziel 1.1 FNP Berlin (Erhalt, Ausbau und Entwicklung städtischer Zentren sowie Weiterentwicklung zu integrierten Standorten, vorrangig für Kultur, Dienstleistungen, Einzelhandel und Freizeit)
- Ziel aus § 16 Abs.6 LEPro 2003 (Begrenzung großflächiger Einzelhandelszentren auf ein Maß, das die geplante Zentrenstruktur nicht gefährdet)

Die Konformität des Bebauungsplans mit den o.g. Zielen wurde durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung bestätigt.

I.3.2.2. Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan Berlin in der Fassung der Neubekanntmachung vom 12.November 2009 (ABl. S. 2666) Wohnbauflächen W2, W3, gemischte Baufläche M2 sowie gewerbliche Baufläche dargestellt, die vom Plangebiet erfasst werden.

1.3.2.3. Stadtentwicklungsplanung

Die Berliner Stadtentwicklungsplanung ist ein in ständiger Fortschreibung und Rückkoppelung befindlicher Prozess zur planerisch-konzeptionellen Steuerung.

Für das Plangebiet bestehen folgende planrelevante Stadtentwicklungspläne:

Step-Zentren (Südwestraum)

Im "Stadtentwicklungsplan Zentren 2020" werden die strategischen stadtentwicklungspolitischen Leitlinien für die Einzelhandels- und Zentrenentwicklung in Berlin aktualisiert. Zentrale stadtentwicklungspolitische Ziele sind die Profilierung des Einkaufsstandortes im Wettbewerb mit anderen Metropolen, der Erhalt der charakteristischen Vielfalt der Zentren, die Sicherung einer wohnortnahen tägliche Versorgung sowie die stadtverträgliche Integration großflächiger Einzelhandelseinrichtungen. Der Stadtentwicklungsplan Zentren 2020 aktualisiert das Zentrenkonzept und die Orientierungswerte zur Einzelhandelsflächenentwicklung und schätzt den Handlungsbedarf in den städtischen Zentren Berlins ein. Darüber hinaus formuliert er insbesondere Kriterien zur Ansiedlung großflächiger Einzelhandels und Freizeiteinrichtungen an den richtigen Standorten in der Stadt. Damit ergänzt er den bereits 1999 vom Senat beschlossenen Stadtentwicklungsplan Zentren und Einzelhandel.

Das Plangebiet ist durch das besondere Ortsteilzentrum Tempelhofer Damm vom Step-Zentren erfasst. Als vorrangiges Ziel wird die Wahrung der Entwicklungschancen und die Aufwertung des bestehende Zentrums formuliert. Der Bebauungsplan geht mit diesen Zielen konform.

Step-Gewerbe (Südwestraum)

Das Plangebiet ist zwar räumlich dem Teilgebiet Südwestraum zuzuordnen, jedoch werden durch den Bebauungsplan nur vereinzelte Gewerbeflächen erfasst. Eine Abgleichung der planerisch-konzeptionellen Steuerung ist für diese Gebiete nicht erforderlich bzw. haben keine Auswirkungen auf die Ziele des Step-Gewerbe.

Step-Verkehr

Der Stadtentwicklungsplan Verkehr weist den Weg und setzt einen Rahmen für die Entwicklung bis etwa zum Jahre 2015. Auch für die langfristige Entwicklung sollen die notwendigen Weichen gestellt werden.

In 15 bis 20 Jahren soll sich das Bild des städtischen Verkehrs deutlich verändert haben.

Der künftige Verkehr soll die veränderten Mobilitätsbedürfnisse der Bürger und der Wirtschaft befriedigen, dabei gleichwertige Mobilitätschancen für alle schaffen, auf die Stadt als Lebensraum Rücksicht nehmen, durch die Verbesserung der Wohn- und Aufenthaltsqualität dem Wegzug ins Umland entgegenwirken und die Umwelt entlasten und den Verbrauch von Ressourcen senken. Das übergeordnete Ziel ist eine nachhaltige Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse.

Derzeit wird der StEP-Verkehr überarbeitet und liegt dem Senat zur Beschlussfassung vor. Damit werden Verkehrsplanungen und Zielstellungen bis zum Jahr 2025

definiert. Außerdem fließt ein noch langfristiger Prognosezeitraum nach 2025 in die Betrachtung ein.

Eine Abgleichung der planerisch-konzeptionellen Steuerung ist nicht erforderlich bzw. hat keine Auswirkungen auf die Ziele des Step-Verkehr. Der Bebauungsplan leitet lediglich bestehendes Baurecht hinsichtlich der Nutzungsarten auf die aktuellen Regelungen der BauNVO`90 über. Auswirkungen auf oder Festsetzung von Straßenverkehrsflächen gibt es nicht.

Step-Wohnen

Im Stadtentwicklungsplan Wohnen von 1999 sind Flächen für den Neubau von insgesamt rd. 120.000 Wohnungen enthalten. Angesichts der aktuellen Bedingungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt (weitgehende Deckung des Wohnungsbedarfs, keine Bereitstellung öffentlicher Fördermittel) wurden diese Flächen unter besonderer Berücksichtigung der Marktfähigkeit bewertet. Die Übersicht möglicher Flächenpotentiale wird in der Karte „Priorisierung Wohnbauflächen“ dargestellt.

In Anbetracht dieser Lage wird angestrebt, die Entwicklungen noch mehr in Bereiche zu lenken, die stadtentwicklungspolitisch sinnvoll sind und gleichzeitig als im weitesten Sinne "marktfähig" eingeschätzt werden können.

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans 7-37Bd sind im o.g. Sinne keine Flächenpotentiale dargestellt.

1.3.2.4. Weitere stadtentwicklungsplanerische Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Dokumentation „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter - stadtentwicklungsplanerische Rahmenbedingungen“ wird von einem Neubaubedarf von 100.000 Wohnungen bis zum Jahr 2020 ausgegangen. Aufgrund der wachsenden Zahl von Seniorenhaushalten der über 65jährigen ist eine verstärkte Nachfrage nach altengerechten Wohnungen anzunehmen. Bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen käme es ferner zu einem zusätzlichen Bedarf an Pflegeplätzen: Während derzeit ca. 25.000 über 65jährige in vollstationären Pflegeheimen leben, würde der Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen durch die Zunahme dieser Altersgruppe um etwa 20% bis 2020 rechnerisch um ungefähr 5000 steigen.

Diesem Bedarf wird durch den Bebauungsplan und sein Ziel der Überleitung auf die BauNVO`90 Rechnung getragen. Hier ist zu erwähnen, dass im o.g. Sinne vorher ausnahmsweise zulässige Nutzungen nun allgemein zulässig sind.

1.3.2.5. Bereichsentwicklungsplanung

Eine Abgleichung der planerisch-konzeptionellen Steuerung ist erfolgt. Es ergeben sich keine negativen Auswirkungen auf die Ziele der Bereichsentwicklungsplanung. Der Bebauungsplan leitet lediglich bestehendes Baurecht hinsichtlich der Nutzungsarten auf die aktuellen Regelungen der BauNVO`90 über.

I.3.2.6. Verbindliche Bauleitplanung

Innerhalb des Bebauungsplans 7-37Bd gelten folgende unterschiedliche planungsrechtliche Festsetzungen:

Baunutzungsplan:

Der Baunutzungsplan in der Fassung vom 28. Dezember 1960 (Abl. 1961, S. 742) weist Teilflächen des Geltungsbereiches als beschränktes Arbeitsgebiet, allgemeines Wohngebiet und gemischtes Gebiet aus.

Bebauungspläne:

Das Plangebiet ist zudem durch folgende festgesetzte Bebauungspläne überplant:

XIII - 1	(festgesetzt am	21.12.1953),		
XIII - 9	(festgesetzt am	31.05.1955),		
XIII - 19	(festgesetzt am	20.11.1956	GVBl. S.	1136),
XIII - 32	(festgesetzt am	23.09.1960	GVBl. S.	986),
XIII - 33	(festgesetzt am	06.03.1958	GVBl. S.	261),
XIII - 49-2	(festgesetzt am	15.03.1963	GVBl. S.	376),
XIII - 49-3	(festgesetzt am	27.02.1963	GVBl. S.	355),
XIII - 54	(festgesetzt am	08.06.1971	GVBl. S.	1060),
XIII - 57	(festgesetzt am	02.05.1967	GVBl. S.	712),
XIII - 63	(festgesetzt am	21.09.1962	GVBl. S.	1154),
XIII - 65	(festgesetzt am	09.11.1961	GVBl. S.	1621),
XIII - 79	(festgesetzt am	11.12.1967	GVBl. S.	1747),
XIII - 80	(festgesetzt am	30.09.1964	GVBl. S.	1049),
XIII - 80-1	(festgesetzt am	12.06.1978	GVBl. S.	1238),
XIII - 129	(festgesetzt am	11.04.1969	GVBl. S.	459),
XIII - 140	(festgesetzt am	07.10.1975	GVBl. S.	2650),
XIII - 181	(festgesetzt am	21.07.1978	GVBl. S.	1567),
XIII - 182	(festgesetzt am	08.01.1972	GVBl. S.	195),
XIII - 220	(festgesetzt am	28.06.1985	GVBl. S.	1496).

Die Bebauungspläne werden im Bereich des Plangebiets nur hinsichtlich der Nutzungsarten Wohnbauten bzw. Allgemeines Wohngebiet (WA), Geschäftsbauten bzw. gemischtes Gebiet oder Mischgebiet (MI), Kerngebiet (MK) sowie beschränktes Arbeitsgebiet bzw. Gewerbegebiet (GE) tangiert.

I.3.2.7. Denkmalschutz

Die Denkmalkarte Berlin weist innerhalb des Geltungsbereichs zahlreiche Denkmale auf.

I.3.2.8. Landschaftsplan

Der Bebauungsplan 7-37Bd wird teilweise vom Geltungsbereich des Landschaftsplanes XIII-L-3 tangiert. Ziel des Landschaftsplanes ist die Erhöhung des Vegetations-

und Freiflächenbestandes mit Hilfe der Festsetzung eines grundstücksbezogenen Biotopflächenfaktors (BFF). Regelungsbedarf für den Bebauungsplan 7-37Bd ergibt sich aufgrund der geplanten Überleitung auf die BauNVO`90 hieraus nicht.

I.3.2.9. Landschaftsprogramm, Artenschutzprogramm

Das Landschaftsprogramm gliedert sich in die vier aufeinander abgestimmten Teilprogramme Naturhaushalt/Umweltschutz, Landschaftsbild, Biotop- und Artenschutz sowie Erholung und Freiraumnutzung. Die in den vier Programmplänen formulierten Entwicklungsziele und Maßnahmen geben Auskunft über das Schwergewicht und die Dringlichkeit der im Plangebiet zu erfüllenden Aufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Für künftige Entwicklungen im landschaftlichen und städtebaulichen Bereich sind somit Erfordernisse und Maßnahmen für Natur und Landschaft formuliert. Regelungsbedarf für den Bebauungsplan 7-37Bd ergibt sich aufgrund der geplanten Überleitung auf die BauNVO`90 hieraus nicht.

II. Planinhalt

II.1. Entwicklung der Planungsüberlegung

Ausgelöst durch die Ungleichbehandlung bei der Genehmigungsfähigkeit von Nutzungsänderungswünschen aufgrund unterschiedlicher planungsrechtlicher Beurteilungsgrundlagen soll ein einheitliches und „aktuelles“ Beurteilungsinstrument gelten (vgl. I.1. Veranlassung und Erforderlichkeit).

II.2. Intention des Plans

Unter Erhalt der festgesetzten Baugebietskategorien (allgemeines Wohngebiet - WA, gemischtes Gebiet / Mischgebiet - MI, Kerngebiet - MK, Gewerbegebiet - GE) soll durch die dem Baugebiet entsprechende Überleitung auf die planungsrechtlichen Regelungen der BauNVO`90 zu befürchtenden bodenrechtlichen Spannungen vermieden werden. Die in den derzeit festgesetzten Baugebietskategorien bei der Vorhabenprüfung anzulegenden Beurteilungsmaßstäbe (anzuwendende Fassung der BauNVO bzw. der BauO`58) werden vereinheitlicht. Die Prüfung der Zulässigkeit eines Vorhabens („Störungsgrad“, „Größe“, „Gebietsausprägung“ und „Ausnahmetatbestand“) ist zukünftig ausschließlich durch die Baunutzungsverordnung von 1990 geregelt.

II.3. Wesentlicher Planinhalt

Es handelt sich um einen sog. Textbebauungsplan, der die Überleitung / Anpassung auf die geltende Baunutzungsverordnung von 1990 regeln soll.

Die geplanten Festsetzungen betreffen ausschließlich die folgenden Nutzungsarten, für die folgende textliche Festsetzungen getroffen werden:

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die

- im Baunutzungsplan als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO'90 festgesetzt.
- im Baunutzungsplan als gemischtes Gebiet ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO'90 festgesetzt.
- im Baunutzungsplan als beschränktes Arbeitsgebiet ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO'90 festgesetzt.

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die in den festgesetzten Bebauungsplänen

XIII – 1, XIII – 9, XIII – 19 und XIII – 33

- als Fläche für Wohnbauten festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO'90 festgesetzt.
- als Fläche für Geschäftsbauten festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO'90 festgesetzt.

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die in den festgesetzten Bebauungsplänen

XIII – 32, XIII - 49-2, XIII - 49-3, XIII – 54, XIII – 57, XIII – 63, XIII – 65, XIII – 79, XIII – 80, XIII - 80-1, XIII – 129, XIII – 140, XIII – 181, XIII – 182 und XIII - 220

- als allgemeines Wohngebiet gemäß BauO'58 oder als allgemeines Wohngebiet gemäß BauNVO in einer Fassung vor 1990 festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO'90 festgesetzt.
- als gemischtes Gebiet gemäß BauO'58 oder als Mischgebiet gemäß BauNVO in einer Fassung vor 1990 festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO'90 festgesetzt.
- als Kerngebiet gemäß BauNVO in einer Fassung vor 1990 festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Kerngebiet gemäß § 7 BauNVO'90 festgesetzt.
- als beschränktes Arbeitsgebiet gemäß BauO'58 oder als Gewerbegebiet gemäß BauNVO'90 in einer Fassung vor 1990 festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO'90 festgesetzt.

Alle planfestgestellten Eisenbahnflächen und sonstige planfestgestellte öffentliche Verkehrsflächen sowie alle Nichtbaugebiete gemäß Baunutzungsplan in der Fassung vom 28.12.1960 (ABl. 1961 S. 742) sind nicht berührt. Festgesetzte Gemeinbedarfsflächen, Dauerkleingärten und öffentliche Parkanlagen sowie Grünflächen in Bebauungsplänen innerhalb des Geltungsbereichs dieses Planes werden nicht überplant.

II.4. Abwägung und Begründung

Mit der Überleitung wird mit einem Mindestmaß auf die gewandelten städtebaulichen Aufgaben reagiert. Diese zwingend notwendigen Änderungen führen zu einer Verbesserung der Instrumente der bestandsorientierten Planung innerhalb der festgesetzten Baugebiete. Ergebnis ist eine das Wohnen schützende abschließende Regelung bei der Zulässigkeit von Vergnügungsstätten und großflächigen Einzelhandelsbetrieben. Außerdem wird zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur eine Erleichterung der Genehmigungsfähigkeit von Anlagen für sportliche, kirchliche, soziale, kulturelle und gesundheitliche Zwecke in bestimmten Baugebieten erreicht. Vorher allgemein zulässige Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Fremdenheime) sind zum Schutz der Wohnruhe im allgemeinen Wohngebiet nun nur noch ausnahmsweise zulässig. Der Begriff des Beherbergungsgewerbes wird durch die Kommentierung der BauNVO`90 eindeutig gefasst, so dass Unterscheidungskriterien bei der Einordnung zwischen nicht störender Pension und störendem Hotel mitgegeben werden. Verkürzt sind folgende Änderungen zu erwähnen:

- Anlagen für sportliche Zwecke werden in WA-, MK- und GE-Gebieten allgemein zulässig.
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Fremdenheime) sind im WA-Gebieten nur noch ausnahmsweise zulässig
- Der Begriff des Wohnens ist weitgehender definiert, so dass z.B. Seniorenwohnanlagen unabhängig von ihrer Ausprägung im allgemeinen Wohngebiet zugelassen werden können.
- Vergnügungsstätten werden in WA-Gebieten unzulässig. Uneingeschränkt zulässig sind sie nur im MK-Gebiet. In GE- und MI-Gebieten regelt sich die Zulässigkeit über die eindeutig formulierten Merkmale „Größe“, „Gebietsausprägung“ und „Ausnahmetatbestand“.
- Gewerbebetriebe im MK-Gebiet dürfen nur noch „nicht wesentlich störend“ sein.
- Einzelhandel über 1200m² Geschossfläche ist ausschließlich im Sondergebiet zulässig.

II.4.1. Art der baulichen Nutzung

Der Bebauungsplan 7-37Bd soll die vorhandenen durch Baunutzungsplan und Bebauungspläne festgesetzte Nutzungsarten auf die BauNVO`90 überleiten. Von der Festsetzung sind die folgenden Baugebiete folgendermaßen erfasst:

- allgemeines Wohngebiet (WA) bzw. Fläche für Wohnbauten gemäß Baunutzungsplan bzw. BauNVO`62,`68,`77/`86 wird zu allgemeinem Wohngebiet (WA) gemäß BauNVO`90.
- gemischtes Gebiet, bzw. Fläche für Geschäftsbauten / Mischgebiet (MI) gemäß Baunutzungsplan bzw. BauNVO`62,`68,`77/`86 wird zu Mischgebiet (MI) gemäß BauNVO`90.
- Kerngebiet (MK) gemäß BauNVO`62,`68,`77/`86 wird zu Kerngebiet (MK) gemäß BauNVO`90.
- beschränktes Arbeitsgebiet bzw. Gewerbegebiet (GE) gemäß Baunutzungsplan bzw. BauNVO`62,`68,`77/`86 wird zu Gewerbegebiet (GE) gemäß BauNVO`90.

Aufgrund dieser Neuregelung kann nun in der Planungspraxis den wiederkehrenden Einzelproblemen einheitlich entgegengetreten werden. Alle durch den Bebauungsplan 7-37Bd erfassten Baugebiete können gleichermaßen problemimmanent auf die Regelungen der vom Gesetzgeber durch zahlreiche Änderungsnovellen angepasste Rechtsauffassung zugreifen.

In der Einführung zur Kommentierung der 10. Änderungsverordnung der BauNVO`90 heißt es sinngemäß, dass Festsetzungen (durch Bebauungsplan) zur baulichen Nutzung mit geringem Planungsaufwand getroffen werden können. Die BauNVO`90 sei ein flexibles Instrument zur Arbeitsvereinfachung und bewährtes Mittel der Konfliktbewältigung, welches zur Planverständlichkeit diene.

Entsprechend sind die Festsetzungen des Bebauungsplanes 7-37Bd gewählt.

Mit der Überleitung werden insbesondere die städtebaulichen Schwerpunkte zur Frage der Gebietsverträglichkeit von Sportanlagen im Wohngebiet und die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten in Misch- und Kerngebiet bzw. deren Unzulässigkeit im allgemeinen Wohngebiet eindeutig geregelt.

Für die allgemeine Zulässigkeit der Anlagen für sportliche Zwecke gilt nun die Gleichstellung mit den anderen allgemein zulässigen Infrastruktureinrichtungen (Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke). Im Rahmen der Gleichstellung gelten dann auch alle Vorgaben zu Schutzwürdigkeit und Einhaltung des zulässigen Störungsgrades.

Wesentliches Anliegen bei der Änderung der Zulässigkeit von Vergnügungsstätten ist es, städtebaulich nachteilige Auswirkungen, die von Vergnügungsstätten ausgehen können, zu erfassen. Unter dem Begriff der Vergnügungsstätte sind u.a. Nutzungen wie Spielhallen, Diskotheken, Kinos und Nachtlokale zusammengefasst. Eine Vergnügungsstätte kann unterschiedliche Ausprägungen haben, dient aber im städtebaurechtlichen Sinne immer der Befriedigung bestimmter Freizeitbedürfnisse oder der Zerstreung und Unterhaltung der Bevölkerung. Eine Vergnügungsstätte soll allgemein nur im gewerblich geprägten Teil der Mischgebiete zulässig sein, wenn sie nicht kerngebietstypisch (unter 100m² Geschossfläche) ist. Im nicht gewerblich geprägten Bereich wäre sie ausnahmsweise zulässig.

Schließlich ist den vorgenannten Regelungen gemein, dass nur die nicht kerngebietstypischen Vergnügungsstätten erfasst sind. Insofern können nachteilige Auswirkungen auf die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung sowie auf andere sensible Nutzungen erfasst werden. Insgesamt kann nun die im Rahmen der Novellierung der Baunutzungsverordnung beabsichtigte Lösung der Spielhallenproblematik umgesetzt werden. Die sog. kerngebietstypischen Vergnügungsstätten sind ausschließlich im Kerngebiet zulässig.

Der Störungsgrad von gewerblichen Nutzungen wird mit Rücksicht auf den Mischgebietscharakter eines Kerngebietes angepasst („nicht wesentlich störende“ anstelle „nicht störende Gewerbebetriebe“).

Für die Baugebiete innerhalb des Regelungsrahmens Baunutzungsplan/Bauordnung Berlin von 1958 greift nun der Begriff „Betriebe des Beherbergungsgewerbes“. Damit werden die Fremdenheime und Hotels unter den o.g. Begriff zusammengefasst. Danach sind diese Betriebe im allgemeinen Wohngebiet nur noch ausnahmsweise und in den Misch- bzw. Kerngebieten allgemein zulässig. Wann ein Betrieb ein Hotel oder eine Pension ist, und welcher Störungsgrad von ihm ausgehen darf bzw. inwieweit er

im jeweiligen Baugebiet zulässig ist, unterliegt einem strengen Prüfkriterium. Insbesondere wird bei der Prüfung der Ausnahme Rücksicht auf die Wohnruhe im allgemeinen Wohngebiet zu nehmen sein.

Im Weiteren ist im Kerngebiet Wohnen nur nach Maßgabe eines festgesetzten Bebauungsplans zulässig. Der Störungsgrad von gewerblichen Nutzungen wird mit Rücksicht auf den Mischgebietscharakter eines Kerngebietes angepasst („nicht wesentlich störende“ anstelle „nicht störende Gewerbebetriebe“).

II.4.2. Maß der baulichen Nutzung

Es werden keine Nutzungsmaße festgesetzt oder verändert. Die hinsichtlich der Nutzungsmaße bestehenden planungsrechtlichen Regelungen werden von den Festsetzungen des Bebauungsplans 7-37Bd nicht berührt. Es gelten die entsprechenden Festsetzungen aus dem Baunutzungsplan oder den festgesetzten Bebauungsplänen.

II.4.3. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

Es werden keine Festsetzungen zur Bauweise oder zu überbaubaren Grundstücksflächen getroffen. Die hinsichtlich der Bauweise und der überbaubaren Grundstücksfläche bestehenden planungsrechtlichen Regelungen werden von den Festsetzungen des Bebauungsplans 7-37B nicht berührt. Es gelten die entsprechenden Festsetzungen aus dem Baunutzungsplan oder den festgesetzten Bebauungsplänen.

II.4.4. Textliche Festsetzungen

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die

- im Baunutzungsplan in der Fassung vom 28.12.1960 (ABl. 1961 S. 742) als allgemeines Wohngebiet gemäß § 7 Nr. 8 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung –BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.
- im Baunutzungsplan in der Fassung vom 28.12.1960 (ABl. 1961 S. 742) als gemischtes Gebiet gemäß § 7 Nr. 9 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung –BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.
- im Baunutzungsplan in der Fassung vom 28.12.1960 (ABl. 1961 S. 742) als beschränktes Arbeitsgebiet gemäß § 7 Nr. 10 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) ausgewiesen sind, wird als Art der Nutzung Gewerbegebiet gemäß § 8 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die in den Bebauungsplänen

XIII – 1	(festgesetzt am 21.12.1953),	
XIII – 9	(festgesetzt am 31.05.1955),	
XIII – 19	(festgesetzt am 20.11.1956	GVBl. S. 1136),
XIII – 33	(festgesetzt am 06.03.1958	GVBl. S. 261),

- als Fläche für Wohnbauten festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.
- als Fläche für Geschäftsbauten festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.

Für die Baugrundstücksflächen des Geltungsbereichs, die in den Bebauungsplänen

XIII - 32	(festgesetzt am 23.09.1960	GVBl. S. 986),
XIII - 49-2	(festgesetzt am 15.03.1963	GVBl. S. 376),
XIII - 49-3	(festgesetzt am 27.02.1963	GVBl. S. 355),
XIII - 54	(festgesetzt am 08.06.1971	GVBl. S. 1060),
XIII - 57	(festgesetzt am 02.05.1967	GVBl. S. 712),
XIII - 63	(festgesetzt am 21.09.1962	GVBl. S. 1154),
XIII - 65	(festgesetzt am 09.11.1961	GVBl. S. 1621),
XIII - 79	(festgesetzt am 11.12.1967	GVBl. S. 1747),
XIII - 80	(festgesetzt am 30.09.1964	GVBl. S. 1049),
XIII - 80-1	(festgesetzt am 12.06.1978	GVBl. S. 1238),
XIII - 129	(festgesetzt am 11.04.1969	GVBl. S. 459),
XIII - 140	(festgesetzt am 07.10.1975	GVBl. S. 2650),
XIII - 181	(festgesetzt am 21.07.1978	GVBl. S. 1567),
XIII - 182	(festgesetzt am 08.01.1972	GVBl. S. 195),
XIII - 220	(festgesetzt am 28.06.1985	GVBl. S. 1496),

- als allgemeines Wohngebiet gemäß § 7 Nr. 8 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) oder als allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in einer bis zum Inkrafttreten der Baunutzungsverordnung 1990 (BGBl. I S. 132) gültigen Fassung festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.
- als gemischtes Gebiet gemäß § 7 Nr. 9 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) oder als Mischgebiet gemäß § 6 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in einer bis zum Inkrafttreten der Baunutzungsverordnung 1990 (BGBl. I S. 132) gültigen Fassung festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Mischgebiet gemäß § 6 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.

- als Kerngebiet gemäß § 7 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in einer bis zum Inkrafttreten der Baunutzungsverordnung 1990 (BGBl. I S. 132) gültigen Fassung festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Kerngebiet gemäß § 7 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.
- als beschränktes Arbeitsgebiet gemäß § 7 Nr. 10 der Bauordnung für Berlin in der Fassung vom 21.11.1958 (GVBl. S. 1087/1104) oder als Gewerbegebiet gemäß § 8 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in einer bis zum Inkrafttreten der Baunutzungsverordnung 1990 (BGBl. I S. 132) gültigen Fassung festgesetzt sind, wird als Art der Nutzung Gewerbegebiet gemäß § 8 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) festgesetzt.

II.4.5. Weitere Abwägung

Die Bebauungsplaninhalte gehen konform mit den Zielen der vorbereitenden Bauleitplanung. Der Flächennutzungsplan stellt Wohnbauflächen, gemischte und gewerbliche Bauflächen dar, die durch den Bebauungsplan 7-37Bd im Rahmen der Überleitung des bestehenden Planungsrechtes entsprechend entwickelt werden.

Die Planinhalte stehen darüber hinaus im Einklang mit den Darstellungen des Landschafts- und Artenschutzprogramms sowie der Stadt- und Bereichsentwicklungsplanung (vgl. oben)

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes 7-37Bd gewährleisten eine nachhaltige Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und einer dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung. Der Bebauungsplan trägt dazu bei, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie die städtebauliche Struktur und das Ortsbild baukulturell zu erhalten und zu gestalten.

II.4.6. Abwägung nach Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger

Es gingen 12 schriftliche Äußerungen von insgesamt 18 Beteiligten ein. Es wurden keine Bedenken vorgetragen. Lediglich zwei Behörden gaben redaktionelle Hinweise ab.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Abt. I B gab den Hinweis, dass es kein SteP „Wohnen im Alter“ gibt. Dieser Punkt sei zu streichen. Eine entsprechende Korrektur wurde in der Begründung ohne Auswirkungen auf das Bebauungsplanverfahren vorgenommen (vgl. I.3.3.2. Stadtentwicklungsplanung).

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Abt. VII B gab den Hinweis, dass ein neuer SteP Verkehr dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Ein entsprechender Hinweis wurde in die Begründung eingearbeitet und kann ggf.

nach Beschlussfassung inhaltlich in das Bebauungsplanverfahren ohne Auswirkungen übernommen werden (vgl. I.3.3.2. Stadtentwicklungsplanung).

II.4.7. Abwägung nach Auslegung

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung haben vier Bürger den Entwurf des Bebauungsplans 7-37 Bd eingesehen und sich die Ziele und Inhalte erläutern lassen. Es wurden keine schriftlichen Stellungnahmen oder Hinweise aus der Öffentlichkeit vorgebracht.

III. Auswirkungen des Bebauungsplans

III.1. Auswirkungen auf die Umwelt

Es liegt gemäß § 1a Abs. 3 BauGB kein Eingriff in Natur und Landschaft vor, da keine neuen überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt werden.

Es handelt sich um einen Textbebauungsplan mit dem Inhalt der Umstellung auf die aktuelle Baunutzungsverordnung ohne in die Grundzüge der Planung einzugreifen. Hierbei werden die vorhandenen Baugebiete hinsichtlich ihrer Nutzungsart auf die entsprechenden aktuellen Regelungen der BauNVO`90 übergeleitet. Es werden keine zusätzlichen oder veränderten Baugebiete festgesetzt. Die Nutzungsmaße bleiben unberührt. Es wird ausschließlich der Handlungsspielraum hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit einzelner Nutzungsarten an den neusten Stand der Rechtsprechung angepasst. Es handelt sich um einen sog. Angebots-Bebauungsplan mit allgemein gehaltenen, typisierten Festsetzungen, der keine UVP-pflichtigen Vorhaben vorbereitet oder begründet und keiner Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB bedarf. Es gibt keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter. Das Verfahren wird daher als vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt.

III.2. Haushaltmäßige und personelle Auswirkungen

Die Festsetzung des Bebauungsplanes führt weder zu haushaltmäßige noch zu personelle Auswirkungen.

III.3. Entschädigung und Übernahmefolgen

Die Festsetzung des Bebauungsplans 7-37Bd wird zu keinen Entschädigungs- und Übernahmeansprüchen führen.

IV. Verfahren

IV.1. Mitteilung der Aufstellung

Über die Absicht, das Bebauungsplanverfahren 7-37B einzuleiten, sind gemäß § 5 AGBauGB die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) mit Schreiben vom 21. Januar 2009 informiert worden. Bedenken wurden keine vorgetragen.

IV.2. Aufstellungsbeschluss und öffentliche Bekanntmachung

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin hat am 24. März 2009 die Aufstellung des Bebauungsplanes 7-37B beschlossen (Beschluss-Nr.: 068/09). Der Aufstellungsbeschluss wurde am 09. April 2009 im Amtsblatt für Berlin Nr. 16, Seite 897 veröffentlicht.

IV.3. Mitteilung zur Umstellung

Über die Absicht, das Bebauungsplanverfahren 7-37B umzustellen auf ein Verfahren gemäß § 13 BauGB, sind gemäß § 5 AGBauGB die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) mit Schreiben vom 01. April 2009 informiert worden. Bedenken wurden keine vorgetragen.

IV.4. Änderungsbeschluss und öffentliche Bekanntmachung

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin hat am 29. September 2009 die Änderung des Aufstellungsverfahrens des Bebauungsplanes 7-37B (Beschluss-Nr.: 068/09) jetzt 7-37Bd durch Umstellung auf ein Verfahren gemäß § 13 BauGB beschlossen. Der Änderungsbeschluss wurde am 06. November 2009 im Amtsblatt für Berlin Nr. 51, Seite 2565, 2566 veröffentlicht.

IV.5. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit / Träger öffentl. Belange

Mit der Anwendung des § 13 BauGB wird der Gemeinde die Möglichkeit gegeben, nach eigenem Ermessen auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs.1 BauGB zu verzichten. Von dieser Möglichkeit wird Gebrauch gemacht.

IV.6. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Mit Schreiben vom 22.01.2010 wurden die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Von 18 beteiligten Trägern und Behörden gaben

12 eine Stellungnahme ab. Von 2 Beteiligten wurden Hinweise zum Stand der Stadtentwicklungsplanung gegeben. Diese wurden in die Begründung übernommen.

IV.7. Öffentlichkeitsbeteiligung

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 25.01.2010 bis einschließlich 25.02.2010 statt. Während dieser Zeit lag der Entwurf des Bebauungsplans 7-37 Bd vom 07.01.2010 öffentlich aus. Die Auslegung wurde im Amtsblatt für Berlin Nr. 2 vom 15.01.2010 Seite 42 und in zwei Berliner Tageszeitungen am 15.01.2010 fristgerecht bekannt gemacht.

Im Internet erfolgte parallel eine Information über die Öffentlichkeitsbeteiligung. Plan- und Begründungsentwurf wurden für jedermann öffentlich einsehbar ebenfalls ins Internet gestellt (parallel zur Öffentlichkeitsbeteiligung).

Die Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind wurden mit Schreiben vom 22.01.2010 über die parallel stattfindende Öffentlichkeitsbeteiligung informiert und aufgefordert ggf. Stellungnahmen abzugeben.

Vier Bürger nutzten die Gelegenheit und sahen den Entwurf zum Bebauungsplan 7-37 Bd vom 7. Januar 2010 nebst Begründung ein. Es wurden keine Anregungen oder Hinweise geäußert. Es gingen keine Stellungnahmen ein. Hieraus ergaben sich keine Änderungen für den Bebauungsplan 7-37 Bd.

IV.8. Festsetzung

Nach dem Beschluss des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin vom 04.05.2010, die Vorlage zur Beschlussfassung des Bebauungsplanes 7-37 Bd vom 07.01.2010 an die Bezirksverordnetenversammlung zu überweisen, wurde dort, nach Behandlung im Ausschuss für Stadtplanung, der Bebauungsplan 7-37 Bd vom 07.01.2010 sowie der Entwurf der Rechtsverordnung zur Festsetzung des Bebauungsplanes 7-37 Bd vom 07.01.2010 gemäß § 6 Abs. 3 AGBauGB i.V. m. § 12 Abs. 2 Nr. 4 BezVG am 16.06.2010 beschlossen.

Der Bebauungsplan 7-37 Bd vom 07.01.2010 ist mit Schreiben vom 23.06.2010 / 25.06.2010 und den erforderlichen Unterlagen gemäß AV Anzeigeverfahren der zuständigen Senatsverwaltung zur Festsetzung durch das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg angezeigt worden.

Der Bebauungsplan 7-37 Bd vom 07.01.2010 ist nach Überprüfung durch die zuständige Senatsverwaltung am 29.08.2010 rechtlich unbeanstandet geblieben und als ordnungsgemäß zustande gekommen bestätigt worden.

Am 24.08.2010 hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg die Festsetzung des Bebauungsplanes 7-37 Bd vom 07.01.2010 als Rechtsverordnung beschlossen. Im Gesetz- und Verordnungsblatt von Berlin vom 16.09.2010, Nr. 22, Seite 427 wurde die Festsetzung des Bebauungsplanes 7-37 Bd vom 07.01.2010 veröffentlicht.

V. Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)

Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs (AGBauGB) in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 692)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (GVBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)

Aufgestellt

Berlin, den 12.08.2010
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
Abteilung Bauwesen
Fachbereich Planen

Baldow
Leiter des Fachbereichs Planen